

FPÖ DIREKT FÜR LINZ

Herbstausgabe 2020

**Sicherheit
und Fairness
für unsere
Heimatstadt.**

Markus Hein
Vizebürgermeister

FPÖ bleibt einzige kritische Stimme im Linzer Gemeinderat

Klares „Nein“ zu weiterer Zuwanderung



Die VP-Kurz-Regierung gibt sich derzeit bei der Migrationsfrage scheinbar hart. Gleichzeitig stimmen ihre Linzer ÖVP-Parteifreunde für mehr Zuwanderung. In der sogenannten „Friedenserklärung der Stadt Linz 2020“ heißt es wörtlich: „Die Stadt Linz leistet daher ihren Beitrag zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“. Diese Erklärung wurde im September 2020 durch alle Gemeinderatsfraktionen gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen.

Auch die Linzer ÖVP stimmte diesem Papier vorbehaltlos zu. Nur die Freiheitlichen stellten sich mit ihrem „Nein“ zu dieser Erklärung klar auf die Seite der Linzer. „Die Situation von 2015 darf sich nicht wiederholen. Österreich muss insbesondere der außereuropäischen Zuwanderung einen Riegel verschieben. Wir tragen bestimmt keine Absichtserklärung mit, die eine weitere Aufnahme Fremder in unserer Heimatstadt fordert. Wir sind und bleiben in dieser Frage die einzige kritische Stimme im Linzer Gemeinderat“, erklärt der freiheitliche Vizebürgermeister Markus Hein.

Dank freiheitlicher Initiative hat der Grill-Wahnsinn ein Ende

Grill-Chaos in St. Margarethen erfolgreich beendet

„Der ständige Problemherd Grillzone St. Margarethen ist nun endlich entschärft“, betont der Linzer Sicherheitsstadtrat Michael Raml.

Der Linzer Gemeinderat hat auf Drängen der Freiheitlichen ein flächendeckendes Grill-Verbot in St. Margarethen beschlossen. Es drohen bis zu 218 Euro Strafe für Missachtungen. „Nun kehrt auf dem Donaustrand im Bereich St. Margarethen endlich Ruhe ein. Der Ordnungsdienst der Stadt Linz wird regelmäßig, vor allem an sonnigen Wochenenden, die Einhaltung des Verbotes kontrollieren. Sollte es jedoch noch Unbelehrbare geben, die trotz Verbotes grillen, wird rigoros gestraft werden“, informiert FP-Sicherheitsstadtrat Raml. Lärm, Rauch und Müll, verursacht durch Griller aus aller Herren Länder gehören nun der Vergangenheit an.

Zuletzt hat sich plötzlich der rote Bürgermeister als besonderer Verteidiger des Grill-Verbots hervorgetan. „Nachdem Bürgermeister Luger mit seiner SPÖ jahrelang das nötige Grillverbot in St. Margarethen konsequent verhindert hat, gab es nun ein radikales Umdenken. Endlich ist er auf den freiheitlichen Kurs umgeschwenkt und tut sich nun als vehementer Befürworter des Grillverbots hervor. Dass die Entschlossenheit der Linzer Freiheitlichen in Sachen Grillverbot über die eigenen Parteigrenzen hinweg wirkt, ist sehr erfreulich“, sagt Raml.



Sicherheitsstadtrat
Michael Raml

Corona-Krise wird zu Schikane von Patienten und Gesundheitspersonal

Gesundheitsstadtrat Raml an Minister Anschober: Klare Behandlungsanweisungen für Ärzte und Patienten

Die Beschwerden von verzweifelten Patienten häufen sich immer mehr. Patienten mit akuten Schmerzen werden wegen fadenscheiniger Corona-Argumente von Ärzten und Spitälern abgewiesen!

„Viele Ärzte sind verunsichert, wie der Patientenkontakt ablaufen soll. Um kein Risiko einer Ordinations-schließung einzugehen, werden Patienten vorsichtshalber abge-wiesen. Das ist für Ärzte und Pa-tienten gleichermaßen untragbar. Ich erwarte mir einheitliche Vorga-ben des Gesundheitsministeriums, die schon seit Monaten überfällig sind. Unsere Gesundheitsversor-gung darf nicht auf dem Rücken

der Bürger an die Wand gefahren werden“, fordert der Linzer FPÖ-Gesundheitsstadtrat Michael Raml. „Der Herbst - und damit die Zeit von Schnupfen und Verkühlungen - ist voll angekommen. Viele Patienten aber auch viele Ärzte werden unsicher sein, ob eine Coro-na-Erkrankung vorliegt oder nicht.

Es braucht daher bundeswei-te Vorgaben, an wen sich ein Covid-Verdachtsfall wenden kann, um be-handelt zu werden, sowie Vorgaben für Ärzte, wie sie bei solchen Situationen handeln sollen. An-sonsten wird es unge-ahnte Probleme in der Ge-sundheitsversorgung geben.“

Eine nachhaltige Verkehrslösung mit Bahn und Bus

Freiheitliche Öffi-Offensive in Linz

Die Weichen für die freiheitliche „Öffi-Offensive“ in unserer Landeshauptstadt sind gestellt. Die Detailplanungen für den weiteren Ausbau des Nahverkehrs liegen vor und wurden vom Linzer Gemeinderat bereits beschlossen. Die Kernidee dieser Offensive beruht aus einer optimalen Kombination von Stadtbahn, Bus- und O-Buslinien.

„Unsere Öffi-Offensive setzt sich aus mehreren Großprojekten zu-sammen, die den Linzer Verkehr grundlegend und nachhaltig ver-bessern werden. Nach Jahrzehnten des schwarz-roten Stillstands ist es Landesrat Günther Steinkellner und mir gelungen, eine Verkehrs-Ge-samtlösung für Linz zu entwickeln. Um in der staugeplagten Landes-hauptstadt endlich den Grundstein für eine deutliche Verkehrsberu-higung zu legen, ist es jetzt wich-tig, dass die Bundes-, Landes- und Stadtregierung nachziehen und endlich die nötigen Mittel dafür auf-stellen. Landesrat Steinkellner und ich haben unsere Aufgaben erledigt. Jetzt sind die Finanzreferenten von ÖVP und SPÖ am Zug, die notwendi-

gen Mittel, bei der grünen Bundes-ministerin abzuholen“, unterstreicht Infrastrukturreferent Vizebürger-meister Markus Hein.

Die wichtigsten Grundpfeiler der Öffi-Offensive sind:

- › Stadtbahnlinie S6
- › Stadtbahnlinie S7
- › Neue Buslinie 13 (Reindlstraße - Pichling)
- › Neue Buslinie 14 (Hafen - Ennsfeld)
- › Neue O-Buslinie 47 (Reindlstraße - Neue Welt)
- › Neue O-Buslinie 48 (Karlhof - Neue Welt)
- › Nahverkehrsknoten Wegscheid

Vizebürgermeister
Markus Hein

**Wir
arbeiten.**

**Bis alle
wieder
Arbeit
haben. >>**


Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.



Der große Crash: Die Bundesregierung erntet, was sie gesät hat

Die wirtschaftliche Situation unserer heimischen Betriebe und die Lage auf dem Arbeitsmarkt sind alarmierend. Viele Unternehmen quer durch alle Branchen mussten bereits flächendeckende Kündigungen vornehmen, viele Arbeitnehmer stehen von einem auf den anderen Tag buchstäblich auf der Straße. Für den Herbst rechnen Experten mit einer weiteren großen Insolvenzwelle und einer Verschärfung der Situation. Die FPÖ hat bereits zum Sommeranfang vor genau diesem Dominoeffekt gewarnt – aber die Bundesregierung hat die Massenkündigungen und Insolvenzen billigend in Kauf genommen.

Die wirtschaftliche Schieflage, in der sich Österreich befindet, ist nicht etwa vom Himmel gefallen, sondern sie ist die logische Konsequenz des planlosen Handelns der Bundesregierung, wie etwa die zu späten Grenzschiebungen. Später hat man es auch verabsäumt die Lockdown-Maßnahmen rechtzeitig wieder zurückzunehmen. Das Ergebnis sind hunderttausende Arbeitslose und tausende Betriebe, die vor dem Aus stehen. Kurzum: Nicht das Virus, sondern das katastrophale Corona-Management der Bundesregierung hat die österreichische Wirtschaft nachhaltig geschädigt. Wie groß dieser Schaden ist, sehen wir jetzt, da im Dominoeffekt reihenweise kleine und große Unternehmen quer durch alle Branchen Kündigungen und Insolvenzen verkünden. Die Steuerstundungen und andere aufschiebende

Maßnahmen werden noch eine Reihe von Unternehmen kollabieren lassen, sobald diese Stundungen auslaufen.

FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner erinnert daran, dass bis dato ein großer Teil der versprochenen Coronahilfen nicht bei den Betrieben angekommen ist: „Die Auszahlung der Coronahilfen für tausende Unternehmen hätte über die Finanzämter abgewickelt werden müssen. Diese verfügen sowohl über das dafür ausgebildete Personal als auch alle notwendigen Daten. Stattdessen aber hat man von Seiten der ÖVP lieber die eigenen Freunde in der Wirtschaftskammer bedient und versucht, verkrustete Kammerstrukturen zu legitimieren und einzubetonieren. Das Ergebnis sehen wir jetzt: Das Geld kommt nicht an.“

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im ganzen Land müssen nun den Preis für diese falsche Prioritätensetzung bezahlen. In Oberösterreich betrifft das gerade sehr konkret die Belegschaften von FACC oder etwa der Brauerei Grieskirchen, sowie zahlreiche weitere kleine und mittelständische Betriebe. Das von der Landesregierung beschlossene Oberösterreich-Paket ist zwar in der Lage, einen gewissen Teil dieses wirtschaftlichen Schadens aufzufangen, allerdings ist man auch auf langfristige und nachhaltige Konzepte aus dem Bund angewiesen. Oberösterreich erwartet sich insbesondere aus dem Bundeskanzleramt und dem Wirtschaftsministerium einen detaillierten Plan für die Zukunft. Dort hüllt man sich bisher allerdings in Schweigen.